Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Wochenblatt. 1829-1920
1920

83 (15.4.1920)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegr. 1829)

mit den Amtl. Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich vierteljährl. 6 M, monatl. 2 M, Einzelnummer u. Belegblatt 10 ₰.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 ₰, Reklamezeile 1.50 M dazu 20 % Teuerungszuschlag. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachmittags 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vormittags.

Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 83. Donnerstag, den 15. April 1920. 91. Jahrgang.

Tagesschau.

Die „Germania" tritt den Gerüchten entgegen, daß Erwägungen schwebten über eine etwaige Hinausschiebung der Reichstagswahlen.

Der „Vorwärts" bringt einen Aufruf zur Wachsamkeit an die Vorstände der sozialdemokratischen Partei, Genossen und Genossinnen, die er auffordert, die weitere Entwicklung der Dinge aufs schärfste zu beobachten und alle zweckdienlichen Mitteilungen über reaktionäre Umtriebe an den Parteivorstand gelangen zu lassen.

Infolge der Besetzung des Kreises Hanau bis zur Bahnlinie Hanau-Friedberg ist, wie die Telegraphen-Union meldet, die Stimmung der Bevölkerung sehr erregt, wenngleich auch ihr äußeres Verhalten durchaus ruhig ist. Die Sicherheitspolizei wurde überall entwaffnet und in das Lager Griesheim gebracht. Waffen und Pferde wurden beschlagnahmt.

Der „Landauer Anzeiger" läßt sich aus Paris melden, Millerand habe an die französischen Gesandten ein Rundtelegramm gerichtet, in dem er erkläre, daß wenn auch von Kontributionen keine Rede sei, Deutschland doch die Kosten des Vormarsches im Maingau zu tragen habe.

Oberpräsident Hörsing hat für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt angeordnet, daß die von ihm bezeichneten Zeitfreiwilligenverbände unverzüglich, spätestens bis 15. d. M., alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen und Ausrüstungsgegenstände abzugeben haben. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafen bis zu 10 000 M. bestraft.

Die Arbeiter des Oelsnitzer Braunkohlengebiets sind in einen Sympathiestreik eingetreten für die wegen Arbeitsmangels entlassenen Bergarbeiter der Lubener Gruben. Auch die Belegschaften des Bornaer und Teschener Gebiets haben sich dem Streik angeschlossen.

Während der Streikbewegung der amerikanischen Eisenbahner am Montag Abend im Westen mehr zurückging, hat sich die Lage im Osten und Süden allgemein verschlimmert. Die Zahl der Streikenden hat sich erheblich vermehrt.

Der Franzosen-Einfall.

Weiteres Vordringen der Franzosen.

W.T.B. Berlin, 13. April. Heute früh erfolgte die weitere Besetzung des Kreises Hanau bis zur Linie Hanau-Friedberg. Die Franzosen verhafteten sofort die grüne Polizei und beschlagnahmten sämtliche Waffen der Einwohnerwehr und 50 Pferde. In der verlassenen Kaserne hausten sie wie die Vandalen.

Die Belgier als französische Sekundanten.

W.T.B. Paris, 14. April. Nach einer Privatmeldung des „Petit Parisien" aus Brüssel ist die Abfahrt der belgischen Brigade nach Frankfurt a. M. verschoben worden. Das gleiche Blatt meldet, daß die französische Regierung beantragt hatte, daß Belgien an einer militärischen Intervention im Ruhrrevier teilnehme. Der Antrag sei jedoch von der belgischen Regierung abgelehnt worden.

Die amerikanische Presse.

T.U. Newyork, 14. April. In offiziellen Kreisen Washingtons weigert man sich noch immer, die Haltung Frankreichs zu kommentieren. Man weiß jedoch, daß die Idee vertreten wird, die Angelegenheit durch ein interalliiertes Schiedsgericht zu regeln. Die demokratischen Blätter schlagen einen immer schärfer werdenden Ton an. — Die „Newyork World", das führende demokratische Blatt, sagt: Anstatt die Liga einzurufen, fällt Frankreich in Deutschland ein. Dies ist offensichtlich ein kriegerischer Akt. — Die „Newyork Sun" und die „Newyork Tribune" sagen, daß nichts bedauernswerteres geschehen konnte, als dieses Vorrücken. „Gott sei Dank", sagt die „Newyork Sun", daß die Amerikaner nicht Mitglied einer solchen Liga der Nationen sind." — Die Hearst-Blätter gratulieren sich dazu, daß sie 8000 Meilen von diesem Anarchie-Sprudel entfernt sind.

Aus dem besetzten Darmstadt. Wie die T.U. erfährt, ist es in Darmstadt zu einem Zwischenfall gekommen. Der dortige französische Kommandant hatte auf dem von ihm bewohnten Hause die französische Trikolore gehißt, wogegen seitens der hessischen Staatsregierung Protest erhoben wurde mit der Begründung, daß das Hissen der französischen Trikolore einen Eingriff in ihre Hoheitsrechte bedeute. Hierauf hat der französische Kommandant eine schriftliche Erklärung überreichen lassen, die besagt, daß ihm jede Provokation ferngelegen habe. Die französische Flagge ist am folgenden Morgen nicht mehr aufgezogen worden.

Die Pfalz und die „Rheinische Republik". Die „München-Augsburger Abendzeitung" bringt unter der Ueberschrift „Vor der Proklamation der Rheinischen Republik?" einen Alarmbrief aus der Rheinpfalz, in dem angeführt wird, daß die überwiegende Mehrheit der Pfälzer den Tag herbeisehne, an dem die Rheinische Republik proklamiert würde. Niemand in der Pfalz, mit Ausnahme einiger Schwärmer, wolle französisch werden, aber die allgemeine Unzufriedenheit mit der Reichszentralregierung sei in ein Stadium getreten, das das Schlimmste für die Reichseinheit befürchten lasse. — Ob die Verhältnisse tatsächlich so liegen, wie der Artikel sie schildert, ist immerhin fraglich, da die Pfälzer ganz genau wissen, daß sie bei der Zustimmung zur Rheinischen Republik den französischen Militärpolitikern einen großen Dienst leisten.

Frankreich und England

T.U. Basel, 14. April. Den „Basler Nachrichten" wird aus Paris gedrahtet: Sobald Frankreich den ernsten Willen zeigte, die Freundschaft England nicht zu verscherzen, ist der englisch-französische Zustand, insoweit die Diplomatie und die offiziellen Beziehungen in Betracht kommen, geregelt worden, im Ruhrrevier ist der Zustand vor dem französischen Vorrücken wieder hergestellt worden, was den Franzosen erlauben würde, die Besetzung des Ruhrgebiets mit gutem Anstand aufzugeben. **England hat seine Schiedsrichterrolle konsequent durchgeführt. Die Polizei im Ruhrgebiet** wird wieder, wie sie nach dem Willen Englands hätte bleiben sollen, nämlich **eine interalliierte Angelegenheit.** Darum wird auch das deutsche Begehren nach Verlängerung des Abkommens vom August vom Obersten Rat wahrscheinlich schon in San Remo behandelt werden. Gleichzeitig wird sich auch zeigen, wie Deutschland für seinen Vertragsbruch bestraft werden soll. Da in Frankreich jedermann einsieht, daß man England und das Fortbestehen der Entente nötig hat, begrüßt man die Besserung der Lage mit einem Gefühle der Erleichterung. Die Erklärungen Millerands über den Zwischenfall erwartet man mit denen Bonar Laws im Unterhause. Noch selten haben sich die Franzosen so gut in einen diplomatischen Rückzug gefunden. Niemand kann mehr darüber im Zweifel sein, wer gegenwärtig die europäischen Vorgänge leitet. Immerhin haben die Franzosen erklärt, daß jetzt die Frage der Polizei in der neutralen Zone endgültig gelöst werden muß.

Der englische Standpunkt.

T.U. Berlin, 14. April. **Bei der Besprechung der Besetzung des Maingaues und der französischen Rheinpolitik im englischen Untehause sagte Bonar Law, das Ergebnis der Besprechungen könne dahin zusammengefaßt werden, daß die allgemeine Ansicht vorgeherrscht habe, Frankfurt und Darmstadt zu räumen, sobald die deutschen Verstärkungstruppen das Ruhrgebiet verlassen hätten, also nicht eher, als bis die deutsche Regierung alle Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen hätte. Weiter hat England nichts dagegen, wenn Deutschland weitere 3 Monate lang Polizeitruppen im Ruhrgebiet stehen habe. Sobald auch diese auf normale, durch das Augustabkommen des Jahres 1919 vorgesehenen Bestände reduziert seien, sei die ganze Besetzung des Mainganes wieder rückgängig zu machen. Der allgemeine Eindruck der Aussprache war, daß sich die englische Regierung bei ihrem Vorgehen fast vollständig auf das Unterhaus stützen kann.**

Die englische Antwort.

Paris, 14. April. (Ag. Havas.) Der englische Botschafter Lord Derby überreichte dem Ministerpräsidenten Millerand die Antwort seiner Regierung, die er am Vorabend erhalten hatte. Er teilte verschiedene Einzelheiten der Auffassung seiner Regierung mit, die ihn beauftragt hat, den Ministerpräsidenten um nähere Einzelheiten zu ersuchen. Millerand gab ihm sofort Bescheid und versicherte, daß die **deutschen Städte auf dem rechten** Rheinufer, die von französischen Truppen besetzt worden seien, **wieder vollständig geräumt würden.** Er präzisierte sodann die Vorgänge, unter denen Frankreich eingegriffen habe, indem er erklärte, daß die deutschen Truppen im Ruhrgebiet die Zahl, wie sie am 8. August 1919 bestimmt wurde, weit überschritten. Die deutsche Delegation habe am 8. April Verlängerung des Abkommens verlangt, das bereits am 10. April ablief, zu welcher Zeit die neutrale Zone hätte geräumt werden müssen. Deutschlands Verlängerungsgesuch würde vom technischen Standpunkt aus durch eine militärische Kontrollkommission geprüft werden und der Gegenstand eines Beschlusses der Chefs der Regierungen auf der Konferenz in San Remo sein.

Die Konferenz in San Remo.

W.T.B. Mailand, 14. April. Der „Corriere della Sera" gibt der Ansicht Ausdruck, daß die Konferenz in San Remo die **adriatische Frage endgültig regeln** werde. Der gestrige Ministerrat gab der italienischen Delegation, die an den Verhandlungen in San Remo teilnehmen wird, diesbezügliche Informationen. Der „Corriere d'Italia" glaubt indessen an eine Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen mit Jugoslawien.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Erklärungen Severings.

T.U. Bielefeld, 14. April. In einer Versammlung der hiesigen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sprach Reichskommissar und preuß. Minister des Innern, Severing, über die politische Lage. Er kam dabei auf das allgemin in Deutschland herrschende Mißtrauen gegen das Militär und die militärischen Machthaber zu sprechen, das er für nicht unberechtigt erklärte. Er zog dann einen scharfen Trennungsstrich zwischen Demokratie und Rätediktatur und bezeichnete seine Stellung zu den Unabhängigen dahin, daß er als Minister geneigt sei, Unabhängige in gemeindliche und staatliche Verwaltungsämter zu berufen, wenn sie bereit seien, mitzuarbeiten und die Verantwortlichkeit mit zu übernehmen. Vor allem könne die Abberufung der Truppen aus dem Ruhrgebiet erst dann erfolgen, wenn die Widerstandskraft der anderen gebrochen sei.

Vor dem Neuaufleben der roten Bewegung?

T.U. Münster, 14. April. Das Wuppertal scheint der Ausgangspunkt einer neuen Aktion der roten Armee zu werden. Die Waffenabgabe hat kaum stattgefunden. Was offiziell abgeliefert wurde, ist unbrauchbar. Der Essener Zentralrat hat den Kampf noch nicht aufgegeben. Er erblickt jetzt seine Aufgabe darin, für später unausbleibliche Kämpfe eine aktionsfähige Organisation zu schaffen. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission gebildet. In den Aktionsausschüssen haben die Mehrheitssozialisten nichts mehr zu sagen. Niemand wagt die Forderung eines Truppeneinmarsches aufzustellen, um nicht dem Terror anheimzufallen. Zur Zeit werden von den roten Truppen requirierte Last- und Personenkraftwagen nach Holland verschoben.

W.T.B. Münster i. W., 14. April. Nach einem Telegramm von militärischer Seite haben die ehemaligen Rotgardisten sich ins Wuppertal und seine Umgebung geflüchtet. Es herrscht infolgedessen überall große Unsicherheit. Das Raubgesindel ist teilweise vornehm gekleidet und oft nicht einmal der deutschen Sprache mächtig. Die gesamte Bürgerschaft und die Mehrheit der Arbeiter haben das ganze Treiben satt. Eine Waffenabgabe hat im Wuppertale kaum stattgefunden.

Selbsthilfe der Eisenbahner.

W.T.B. Essen, 14. April. Die fünf großen Eisenbahnerverbände erklärten in einer Versammlung, **wenn die Regierung dem Drucke von links weiter nachgebe und** das Industriegebiet wieder ohne Schutz lasse, müßten die Eisenbahner zur eigenen Sicherheit und zum Besten Deutschlands zur **Selbsthilfe** greifen. Die Arbeitsgemeinschaft wurde beauftragt, alles für einen **neuen Kampf** vorzubereiten, wenn sich die Ereignisse der letzten Wochen wiederholen sollten.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Besprechung der Regierungserklärung

W.B. Berlin, 13. April. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1,05 Uhr.

Anfragen.

Auf Anfrage Dr. **Mumm** (D. N.) wegen Abschaffung des Religionsunterrichts in Bremen wird von der Regierung geantwortet, daß dieser Zustand nicht mit dem Sinne der Reichsverfassung in Einklang stehe; die Regierung habe sich mit dem Bremer Senat ins Benehmen gesetzt.

Auf Anfrage **Loebe** (Soz.) wegen Auszahlung der Gehaltsaufbesserungen am 1. April wird regierungsseitig geantwortet, daß die bis Ende März bewilligten erhöhten Teuerungszulagen weiter bezahlt werden sollen, ebenso die Kriegsbeihilfen.

Auf Anfrage **Sagawe** (Ztr.) wegen planmäßiger Käufe von Grundbesitz durch Ausländer wird geantwortet, daß ein Gesetzentwurf über diese Materie demnächst dem Hause zugehen werde.

Es folgt die Besprechung der

Regierungserklärung,

verbunden mit der ersten Beratung des Notetats.

Abg. **v. Payer** (Dem.) erklärt, seine Partei sei im allgemeinen mit der Regierungserklärung einverstanden. Wir begrüßen die Zurückweisung jeder Art Nebenregierung.

Abg. **Hué** (Soz.): Bergarbeiter und Eisenbahnarbeiter sind gewillt, Ueberstunden zu machen. Die Blutschuld der offenen und geheimen Kapp-Putsch muß betont werden. Der

Kapp-Putsch hätte ohne Waffengewalt erledigt werden können, wenn die Führer der Reichswehr der Mentalität der Bevölkerung besser Rechnung getragen hätten. In weitem Umfange wurde das Bielefelder Abkommen von der Arbeiterschaft anerkannt. Im sogenannten Südwesten, wo keine genossenschaftliche Disziplin herrscht, entglitten die Massen zuerst den Händen der Führer. Es ist das Verhängnis der Unabhängigen, daß sie die Zusammensetznug ihrer Arbeiter nicht beachtet haben. Die Nachrichten über die Neubildung einer Roten Armee sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die westdeutschen Arbeiter sind staatstreu. Gegenregierungen haben wir auch vor dem Kriege gehabt; sie standen der Schwerindustrie nahe. Die Reichsregierung muß einschreiten gegen die Verschleppung unserer Bodenschätze durch ausländisches Kapital. Die Republikanisierung der Reichswehr muß durchgeführt werden.

Abg. **Trimborn** (Ztr.): Der Geist des Versailler Vertrages wurde durch den Einmarsch Frankeichs in das neutrale Gebiet verletzt. Deutschland soll nicht zur Ruhe kommen. Sein Verbrechen besteht darin, daß es noch existiert. Das beweisen die heute veröffentlichten Richtlinien. Die Rheinländer lehnen den rheinischen Pfufferstaat ab. In Zivilaktionen soll das Militär sich nicht einmischen, aber wenn einmal militärische Aktionen im Gange sind, dann sollen sich die Zivilbehörden nicht einmischen, sonst gibt es auch hier eine Nebenregierung. Herr Severing hat die besten Absichten, aber gegen seine Tätigkeit sind von meiner Partei in Westfalen schwere Bedenken laut geworden. Eine einseitig hervortretende sozialdemokratische Anschauung in dem Vorgehen der Regierung im Ruhrgebiet verträgt sich nicht mit dem Geiste der Koalition. (Hört! Hört!) Das Ruhrgebiet darf nicht von militärischem Schutz entblößt werden; die Waffenablieferung muß streng durchgeführt werden. Die vorgehende Truppe muß die nötigen Machtmittel haben; unter Umständen müssen besondere Kriegsgerichte mit zivilen Beisitzern errichtet werden. Die staatliche Autorität muß jetzt nach Rechts und nach Links ihre Pflicht tun. Ein weibliches Begnadigungsrecht würde die Waffe der Truppen abstumpfen. (Beifall). Die Reichswehr hat sich im Ruhrgebiet große Verdienste erworben; sie ist neben der Verfassung das wichtigste Ziel des Reiches. Meine Kritik an der Koalitionsregierung entspringt den ehrlichsten Absichten, diese Regierung zu stärken. Der Vorstoß Legiens bewegte sich in der Richtung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, im Staate eine Vorherrschaft zu schaffen. Eine reine Arbeiterregierung lehnen wir ab, aber auch eine solche unserer Arbeiter.

Reichskanzler **Müller**: Wir haben andauernd daran gearbeitet, das Programm, das ich vor 14 Tagen ausführte, in die Tat umzusetzen. Binnen kurzem hoffen wir, Ihnen die Vorlage vorzulegen, die ich angekündigt habe, aber in 14 Tagen können diese im Reichsrat und hier im Hause nicht erledigt werden. Wir haben mit der Gesamtheit der Alliierten verhandelt, daneben aber auch direkt mit der französischen Regierung, ebenso mit London und Rom. Ich habe keinen Zweifel daß die Kommunisten seit langem im Ruhrgebiet etwas vorgehabt haben. Wenn der Kapp-Putsch nicht gekommen wäre, wäre es ein Kinderspiel gewesen, mit ihnen fertig zu werden. Die bolschewistische Bewegung verfolge ich aufmerksam. Den Räuberhauptmann Hölz kann man keiner Partei anhängen. Die Regierung hat eingegriffen, sobald die sächsische Regierung militärische Hilfe anforderte. (Lärm.) Wir verfolgen die Vorgänge in Pommern und in Schlesien sehr aufmerksam. Im Ruhrgebiet konnten wir nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages erst vorgehen, sobald wir die Ueberzeugung hatten, daß die gesamte Bevölkerung es verlangte. Bis dahin mußten wir eine friedliche Entspannung versuchen. Die Fristverlängerung erfolgte, weil die Frist von dem kommandierenden General zu kurz bemessen war. Die höchstvollziehende Gewalt ist jetzt überhaupt an den Oberpräsidenten übergegangen. Das Ruhrgebiet ist für uns und für ganz Europa so ungeheuer wichtig, daß Severing seine höchst ersprießliche Tätigkeit noch fortsetzen muß. Eine Militärdiktatur ist in Deutschland unmöglich; eine Nebenregierung, komme sie, woher sie wolle, ist ebenso unmöglich. Die Forderungen der Gewerkschaften wurden uns von einer Deputation vorgetragen, die ich unter Hinzuziehung des Ressortministers genau so empfangen habe wie andere Deputationen. Ein Ultimatum ist nicht gestellt worden. Alle wichtigen Entscheidungen des Kabinetts sind ohne Parteirücksichten gefällt worden. Aus den Gebieten südlich der Ruhr haben wir dringende Bitten erhalten — auch von Gemeinden und von führenden Industriellen — nicht einzumarschieren. Der Einmarsch ohne zureichenden Grund würde uns auch internationale Schwierigkeiten bereiten. Wo keine Kampfhandlungen mehr stattfinden, muß es auch ohne Standrecht abgehen. Die außerordentliche Kriegsgerichte werden vermehrt werden. Von einem wahllosen Begnadigungsrecht ist keine Rede. Die Kritiken aus den Kreisen der Koalitionsparteien möchte ich nicht missen, aber im Rahmen des Vertrauens, das die Parteien zu der Regierung haben müssen.

Abg. **Laukmann** (D. Vp.): Die gestrige Rede des Reichskanzlers war eine reine Wahlagitationsrede, die nicht über den Parteien stand. (Beifall rechts. Lärm Mehrheit.) Die Regierung steht vollkommen unter dem Joche der Sozialdemokraten. (Zischen; Zwischenrufe: „Gewerkschaften!"), auch in dem Falle Hölz. Mit schönen Worten hat gestern der Reichskanzler den französischen Militarismus angegriffen. Er hätte hinzufügen sollen: „O, daß wir den deutschen Militarismus auch noch hätten, dann könnten wir uns dagegen wehren!" (Rufe: „Unerhört!")

Reichswehrminister Dr. **Geßler** erklärt auf die Bemerkungen des Vorredners, daß es nicht wahr ist, daß eine Abordnung bayerischer Reichswehr nicht von der Regierung empfangen worden sein soll.

Reichsjustizminister Dr. **Blunck**: Von allen Rechtsstellen ist alles geschehen, um die Kapp-Anhänger zur rechtlichen Verantwortung zu ziehen. Der Minister wendet sich dann gegen die Deutsche Volkspartei und deren Haltung bei der Kappangelegenheit. Er verliest den Aufruf der Partei vom 13. März. (Stürmische Zurufe, Glocke des Präsidenten, Zuruf von rechts: „Lügen!"). Bei dem Redakteur Schnitzler ist am 11. März bei einer Haussuchung ein vollständiger Organisationsplan des Putsches gefunden worden. (Die weiteren Ausführungen des Ministers über die Vorgeschichte des Putsches waren von andauerndem Lärm der Rechten unterbrochen.)

Abg. Dr. **Mosl** (D. Vp.): Der Herr Minister scheint die Absicht gehabt zu haben, durch Art und Ton seiner Ausführungen jedes Zusammenarbeiten für die Zukunft unmöglich zu machen. Es ist eine ungeheure Uebertreibung, zu behaupten, daß Kappisten allein Schuld seien am Aufruhr. Man rechnete im Ruhrrevier allgemein mit einem Aufstand. Der Generalstreik hat den Boden bereitet für die Rote Armee. Das Streben nach der Militärdiktatur ist Hochverrat, das Streben nach der Räterepublik aber auch.

Reichsjustizminster Dr. **Blunck**: Schnitzler war ein Vertrauter Kapps und in der Pressestelle der Gardekavallerieschützen-Division tätig. (Zuruf: „Was hat das mit den Rechtsparteien zu tun?") Die kritiklose Aufnahme gewisser Notizen in die Blätter untergräbt die Disziplin in der Reichswehr.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Aus Stadt und Bezirk.

× **Durlach**, 14. April. (Mitteilungen aus der Gemeinderatssitzung vom 6. April 1920.) — Amtlicher Bericht. — Da die Verhandlungen über den Abschluß des neuen Lohntarifs für die städt. Arbeiter noch nicht zum Abschluß gekommen sind, werden die bisher bewilligten Lohnzuschläge einstweilen, vorbehaltlich der Anrechnung auf den neuen Lohn, weiter gewährt.

Dem Turnerbund Durlach wird das zwischen dem Pachtstück des genannten Vereins und dem neuen Bahnkörper gelegene ehemalige Bahngelände bei der neuen Kaserne zur Mitbenützung pachtweise überlassen.

Die Erhöhung der Sargherstellungskosten und die Steigerung des Aufwands für das Begräbnis- und Friedhofpersonal macht eine Neuregelung der Begräbnis- und Friedhofgebühren erforderlich. Die Angelegenheit wird der Friedhofkommission zur Vorberatung überwiesen.

Die an die städt. Arbeiter zu zahlende Entfernungszulage wird mit Wirkung vom 1. April d. Js. ab auf 3.— M. erhöht. Der Wunsch des Arbeiterausschusses nach Vergrößerung des Arbeiteraufenthaltsraums und des Geschäftsraums für den Stadthofaufseher kann vorerst nicht erfüllt werden, da eine Vergrößerung des bestehenden Gebäudes nicht möglich ist und die Erstellung eines Neubaues nach dem Kostenüberschlag des städt. Hochbauamts einen Aufwand von 25—30 000.— M. verursachen würde.

Beim Bezirksamt wird die baupolizeiliche Genehmigung zum Einbau von Notwohnungen in die Schloßhofkaserne sowie die Freigabe der erforderlichen Baustoffe beantragt. Für Beleuchtungszwecke soll elektrisches Licht und für Kochzwecke Gas eingerichtet werden.

Die zur Herstellung des Gehwegs der Grötzingerstraße erforderlichen Geländeflächen werden für die Stadtgemeinde käuflich erworben.

Der Gemeinderat beschließt, die Mittelmühle auf die Dauer von 3 Jahren an Müller Gustav Steinle, entsprechend dem Vorschlag der Kommission für jährlich 6000.— M., vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses zu verpachten.

Die vom Tiefbauamt getroffene Vereinbarung mit den Allmendgenußberechtigten wegen Ueberlassung deren Wiesen für die Ablagerung des Aushubmaterials aus dem Rückhaltebecken wird genehmigt.

Verschiedene Verträge über Grundstücksveräußerungen werden dem Bezirksamt im Hinblick auf das Gütersperrgesetz unbeanstandet vorgelegt.

Mit Rücksicht auf den hohen Verbraucherpreis (6,20 M. das Pfd.) wird auf die Zuteilung von Marmelade aus der 3. Brotaufstrichmittelverteilung 1920 verzichtet.

Es wird beschlossen, die Bekanntmachungen des städtischen Kommunalverbands über die regelmäßige Ausgabe von Lebensmitteln künftighin in sämtlichen hier gelesenen Zeitungen erscheinen zu lassen, insoweit die Abonnentenzahl des betreffenden Blattes in hiesiger Stadt mindestens 800 beträgt.

Der durch den Ankauf der Hämmel für die Fleischausgabe auf Ostern entstandene Mehraufwand wird auf die Kasse des Kommunalverbands übernommen.

Den Gesuchen des Heinrich Sauter, Pfinzstr. 35, und der Frau Kieser, Waldstr. 10, um Zulassung zum Verkauf rationierter Lebensmittel in ihren Verkaufsgeschäften wird mit Wirkung von der demnächst stattfindenden allgemeinen Lebensmittelumschreibung stattgegeben. Zugleich wird davon Kenntnis genommen, daß die Geschäfte von Merkle und Steinbrunn aufgegeben werden.

(-) **Durlach**, 14. April. Die diesjährige 1. Hauptübung der hiesigen freiwilligen Feuerwehr findet am Montag den 26. d. M. nachmittags 5 Uhr statt. Als Uebungsobjekt hat in dankenswerter Weise die Firma Maschinenfabrik Gritzner A.-G. ein Teil ihrer Fabrikgebäude und zwar den sog. Max Bau und die daran anschließenden Gebäude an der Amalienstraße zur Verfügung gestellt. Die Uebung verspricht eine sehr interessante zu werden, da sich auch die Fabrikfeuerwehr der genannten Firma daran beteiligt. Die Fabrikfeuerwehr wird den ersten Angriff vornehmen und in der Annahme, daß sie das Feuer nicht bewältigen kann, wird die freiwillige Feuerwehr gerufen, um in die Löscharbeit einzugreifen. Soweit sich aus dem Uebungsplan schließen läßt, dürfte die Uebung, sowohl an die Mannschaften als auch an die Geräte die größte Anforderung stellen und sich für beide Wehren äußerst lehrreich gestalten.

Baden und Nachbargebiete.

—* **Einwohnerwehr und Volkswehr in Baden.** Wie bereits durch die Presse bekannt geworden ist, hat die Entente mitteilen lassen, daß die bewaffneten Einwohnerwehren ihrer Auffassung nach mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht vereinbar sind. Die fraglichen Bestimmungen des Friedensvertrages traten mit dem 12. April in Kraft. Das badische Ministerium des Innern hat auf Grund des Vorgehens der Entente die Einwohnerwehren aufgefordert, die in ihrem Besitz befindlichen Waffen an die ordentlichen Polizeibehörden abzugeben. Wie es in der Zukunft mit den Einwohnerwehren gehalten werden soll, darüber schweben noch Verhandlungen. Das Vorgehen des Ministeriums des Innern wird von der Gesamtregierung gedeckt, welche die Verantwortung für die Gefahr drohender Repressalien nicht übernehmen kann. (Amtlich.)

—* **Für die badische Sicherheitspolizei** sind folgende Standorte bestimmt: Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg (vorläufig Schwetzingen und Durlach), Freiburg und Müllheim. Die Aufgabe der Badischen Sicherheitspolizei ist es, neben der Gendarmerie, Staats- und Gemeindepolizei für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Angehörigen der Badischen Sicherheitspolizei sind Sicherheitsbeamte. Eingestellt werden aktive Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes, Gefreite, Mannschaften, sowie Ungediente bei besonderer Eignung.

—* **Offizielle Bekanntgabe der Brotpreiserhöhung.** Der Reichsrat beschloß eine Erhöhung der Brotpreise von jetzt 1,40 M. für ein Kilogramm auf ungefähr 2 M. Auch der Kartoffelpreis wurde erhöht.

—* **Zur Eierpreisfrage.** Infolge starker Zufuhren norddeutscher und badischer Eier in die Städte macht sich gegenwärtig ein bedeutender Preisrückgang auf dem Eiermarkte bemerkbar.

—* **Die Zuckernot.** Vor kurzem fand in Worms zwischen den Vertretern der Vereinigung rübenbauender Landwirte Hessens und der Pfalz des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinhessen, des Badischen Bauernverbandes, des hessischen Bauernbundes, den Zuckerfabriken Frankenthal, Waghäusel, Rheingau, Offstein, Groß-Gerau und Groß-Umstadt eine Besprechung über die Lage des Zuckerrübenbaues statt. Die Vertreter der Landwirte und die der Zuckerfabriken waren sich darüber einig, daß mehr Rüben zu Zuckerfabrikation angebaut werden müssen. Mit Rücksicht auf die ungewöhnlich stark gestiegenen Arbeitslöhne und die hohen Preise für künstlichen Dünger halten die Landwirte den jetzigen Rübenpreis nicht für ausreichend. Die Zuckerfabriken erklären, nur dann eine Erhöhung vornehmen zu können, wenn die Reichsregierung einen höheren Rohzuckerpreis festsetzt. Schließlich einigte man sich auf folgende Rübenpreise: Für Zuckerrüben soll pro 100 Kg. ohne Rücksicht von Schnitzeln 32 M. bezahlt werden. Wenn der Rohzuckerpreis 384 Mark für 100 Kg. überschreitet, erhöht sich der Zuckerrübenpreis um ein Zwölftel des Betrags, der 384 M. übersteigt. Bei Rücklieferung von 4 Proz. Trockenschnitzel ermäßigt sich der Zuckerrübenpreis um 5 M. für 100 Kg. Ueberschreitet der Rohzuckerpreis 384 M., so werden 6 M. vom Rübenpreis gekürzt.

Das Schloß der Sehnsucht.

67

Roman von Anny v. Panhuys.

(Fortsetzung.)

Holms erschrak selbst, denn was er nun gesagt, verriet sein Denken doch allzu deutlich.

Aber zurückzunehmen war jetzt nichts mehr.

Beate war leicht erblaßt und saß, als ginge sie das Gespräch gar nichts an. Rieckmann jedoch lächelte überlegen spöttisch.

„Sie urteilen von Ihrem Standpunkt, Herr Kammerrat, aber eine echte Künstlerin braucht sich vor der Klippe doch kaum zu fürchten, denn eine echte Künstlerin dürfte sich kaum einen Gatten wählen, der so kleinlich denkt, wie Sie eben beispielsweise anführten."

Die vier Silben „beispielsweise" waren stark unterstrichen und federten förmlich wie eine Herausforderung auf Holme zu.

„Auch darin muß ich Ihnen recht geben", antwortete er ruhig und lächelte sogar dabei, „aber vor den Worten „Liebe" und „Ehe" wird auch „Ruhm" und „Ehrgeiz" klein."

Max Rieckmann öffnete die Lippen, um zu sprechen, aber dann schloß er sie fest und herbe. Erst nach einem Weilchen meinte er zu Beate gewandt:

„Wann wollen wir mit dem Weiterdurchsprechen Ihrer neuen Rolle beginnen?"

Holms erhob sich.

„Verzeihung, daß ich so lange störte, ich will mich schnell empfehlen."

Beate reichte ihm die Hand.

„Bitte, lassen Sie sich noch einmal sehen, ehe Sie zurückreisen." —

Sie konnte nicht anders, sie mußte das sagen, trotz des ärgerlichen Ausdrucks in Rieckmanns Gesicht.

Holms bereute schon seine Reise. Durch das Wiedersehen mit Beate war er mit sich selbst uneins geworden. Er hatte sich nach ihr gesehnt, und trotzdem scheute er davor zurück, ehrlich zu ihr zu sagen: Laß deinen Beruf, werde die Meine!

Und doch drängte es ihn dazu.

Zwang ihn förmlich.

Er sagte sich klar: Wenn er überhaupt sprechen wollte, so mußte er bald sprechen. Jetzt, noch ehe Beate Rüdiger in dem neuen Stück aufgetreten, von dem sich Rieckmann so große Erfolge versprach. Immer bekannter ward Beate — und das mußte er verhindern, wenn seine Liebe so stark und gut war, wie er meinte.

Schon war Beate berühmt, sie durfte nicht noch berühmter werden, wenn er sich auch noch den geringsten Hoffnungsschimmer retten wollte, ihr seinen Namen zu geben und zugleich seine angenehme Stellung zu behalten.

Schnurrig, wahrhaftig! Wer ihm noch vor kurzem gesagt hätte, daß er in einen solchen Zwiespalt geraten würde.

Er mußte fast ein wenig lächeln.

Weiß der Kuckuck, welch eine gewaltige Macht diesem schlanken, blonden Mädchen zu eigen, daß er an nichts mehr dachte als an diese plötzliche, ihn in Wirrnis und tolles Sehnen treibende, quälende süße Liebe.

Unaufhörlich eilten seine Gedanken zu Beate, und er versuchte, ruhig über alles nachzudenken, auszudenken, was er tun und was er lassen mußte.

Der Fürst war ihm sehr gewogen, diese Gewißheit dünkte ihm ein guter Anker, und deshalb wollte er diese Gewißheit auch obenan stellen. Beate stammte aus anständiger Familie, ihr selbst war nicht das Geringste nachzusagen. Es hieß sogar, es gäbe wohl kaum eine junge schöne Künstlerin, die so zurückgezogen, gleich irgend einem braven kleinen Bürgermädchen lebe, wie Beate Rüdiger.

Danach hatte er Erkundigungen eingezogen, schon vor Wochen, ohne damals noch recht zu wissen, was er tat.

Jetzt wußte er es mit einem Male.

Im übrigen hatte er auf niemand, außer auf Seine Durchlaucht, Rücksicht zu nehmen. Seine Eltern waren tot, Verwandte besaß er nicht.

Aber seine Stellung hätte er nur sehr, sehr schweren Herzens aufgegeben, denn sie befriedigte ihn durchaus und sie würde auch viele Annehmlichkeiten für seine Lebensgefährtin haben.

Fürst Sternburg-Renneck räumte seinem Kammerrat mancherlei kleine Vorrechte ein, die durchaus nicht zu verachten waren, und das Gehalt war ungleich höher als das vieler anderer Kollegen, die an den kleinen Höfen mediatisierter Herren sein Amt versahen.

Der Fürst schätzte seinen Rat, seine Ansichten und außer bei Familienzusammenkünften war er sowohl bei kleinen Mahlzeiten als auch bei großen Festen zugegen.

Seine Gedanken verloren sich unwillkürlich auf allerlei vom Hauptweg abbiegenden Seitenpfaden, und zum Schluß sagte er sich, daß all das Grübeln und Sinnieren und Plänemachen gar keinen Zweck habe. Da er über ein ganz hübsches Vermögen verfügte und er noch nicht zu alt dazu war, konnte er im Notfall beruflich immer noch umsatteln, die höhere Verwaltungslaufbahn einschlagen oder Syndikus einer Gesellschaft werden.

Immer lockender, verführerischer dünkte ihm Beates Besitz. Und die Ueberlegung ging unter, die schnell fluten den Wellen der Liebe strömten darüber hin.

So suchte er abermals Beate auf. Im stillen wünschend, Frau Rüdiger nicht anzutreffen. Nur Beate.

„Bitte, lassen Sie sich noch einmal sehen, ehe Sie zurückreisen", diese Worte eBates gaben ihm ja ein Recht zu seinem Besuche.

Seinem Wunsche ward Erfüllung, er traf Beate wirklich allein an.

Aber er begriff nicht, weshalb in den Augen Beates so ein vorwurfsvoller Schein lag, weshalb das frische Wesen der jungen Dame einem so ernsten, fast zurückhaltenden Benehmen Platz gemacht hatte.

Er begriff nicht, aber die Freude, mit der er heute in dieses Haus getreten, wurde dadurch gedämpft und seine Pläne verloren die fest umrissene, scharfe Linie.

Nachdem man einige belanglose landläufige Wechselreden geführt, hatte Ernst v. Holms das Gefühl, sich nun verabschieden zu können, da ihm nach dem erkältenden Empfang der Mut geschwunden war, von dem zu reden, was ihn doch hergetrieben wie mit Sturmgewalt.

(Fortsetzung folgt.)

— Erhöhung der tierärztlichen Gebühren für amtliche Verrichtungen. Für die veterinärpolizeiliche Beaufsichtigung der Vieh-, Pferde-, Geflügelmärkte usw. waren bisher bei einer Stückzahl bis zu100 Tieren 6 M., für jedes weitere angefangene Mehrfache vom Hundert 3 M. bis zum Höchstbetrage von 20 M. zu entrichten. Diese Gebühren wurden auf 10 M., 5 M. und 30 M. erhöht. Die Gebühr für Untersuchung eines einzelnen Tieres wurde von 3 M. auf 5 M., für jede weitere Untersuchung am gleichen Tag von 1 M. auf 3 M. und der Höchstbetrag von 10 M. auf 25 Mark, die Gebühr für Oeffnung und Zerlegung einer Tierleiche von 3 M. bis 5 M. bei großen Tieren auf 10 M., bei kleineren Tieren von 3 auf 6 M. erhöht. Die Schutz- und Heilimpfung kostet künftig für jedes Schwein statt bisher 75 Pf. künftig 1 M. bis 3 M. und 1 M. bis 5 M. bei Pferden und Rindern. Aehnliche Erhöhungen haben die Gebühren der Tierärzte für Mitwirkung bei Prüfungen, für Reisen zum Einkauf von Zuchttieren usw. erfahren.

Die Sozialisierung der Karlsruher Majolikamanufaktur.

Karlsruhe, 13. April. Der Verfassungsausschuß des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Beratung des Gesuchs der Arbeiter und Angestellten der (früheren Großherzoglichen) Majolikamanufaktur um Sozialisierung des Betriebs. Der Berichterstatter Abg. Dr. Kraus (Soz.) begründete in eingehenden Darlegungen das Gesuch und legte den Gang der Verhandlungen dar, wie sie bisher mit dem Finanzministerium gepflogen worden sind. Im Schluß seiner Ausführungen stellte der Berichterstatter den Antrag, der Ausschuß solle darüber beschließen, ob die Manufaktur sozialisiert werden soll oder ob nach Ablösung der jetzigen Pächterin ein neuer Pachtvertrag abgeschlossen werden soll. Im letzteren Fall müßten die sozialen Forderungen der Arbeiter und Angestellten weitgehende Berücksichtigung finden. Nach eingehender Aussprache, an der auch die Regierungsvertreter teilnahmen, wurde die Angelegenheit vertagt bis das wichtigste in Betracht kommende Material den Ausschußmitgliedern im Druck zugänglich gemacht ist.

** **Heidelberg**, 14. April. Die kürzlich schon angekündigte Ernennung des mehrheitssozialistischen Mitglieds der Nationalversammlung und Stadtrats Stock hier zum Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium ist jetzt erfolgt. Der neue Unterstaatssekretär soll die Aufgabe haben, sowohl die Vorkommnisse während der Kapptage und die später gegen Offiziere und Formationen aufgetauchten Anklagen zu untersuchen. Ihm unterstehen die beiden im Reichswehrministerium neu eingerichteten Dienststellen für das Heer und die Marine. Unterstaatssekretär Stock hat sich zur Aufnahme seiner Tätigkeit nach dem Ruhrrevier begeben.

** **Brühl** b. Schwetzingen, 14. April. Ein großes Brandunglück ist durch das Spiel zweier 5 und 7 Jahre alten Buben entstanden, die in der Scheune des Landwirts Joseph Wägele ein Feuerle machten. Sofort stand das ganze Gebäude in hellen Flammen, die sich auch auf die anstoßenden Gebäulichkeiten ausbreiteten, so daß innerhalb kurzer Zeit die Anwesen der Landwirte Wägele und Konrad Körber, sowie noch einige anstoßenden Scheunen und Stallungen dem Brand zum Opfer fielen. Hierbei wurden u. a. 60 Ztr. Stroh und 25 Ztr. Getreide vernichtet. Der Schaden wird auf weit über 250 000 geschätzt.

** **Freiburg**, 14. April. Nach einer Darstellung der Finanzlage der Stadt Freiburg im Jahre 1918 betrug das reine Vermögen der Stadt 83,6 Mill. Mark. Gegenüber 1917 bedeutet dies ein Vermögensverminderung um 1 187 125 M.

** **Freiburg**, 14. April. Die Münsterbauverwaltung hat 18 Arbeitern gekündigt, die seit Jahren bei den Renovierungsarbeiten beschäftigt waren, weil die Weiterbeschäftigung bei den heutigen Lohnsätzen den Ruin des Münsterbauvereins bedeuten würde. Der Schlichtungsausschuß hat die Kündigung gutgeheißen.

** **Schönwald**, 14. April. Die Vorstände der großen bad. Standesämter hielten hier eine Versammlung ab und gründeten eine bad. Gruppe der im Entstehen begriffenen Vereinigung Süddeutscher Berufsstandesbeamten. Als Obmann wurde der Vorstand des Standesamts Karlsruhe gewählt. Die Versammlung beschloß die beschleunigte Einberufung der ersten Tagung der gesamten Berufsvereinigung und arbeitete hierfür Anträge aus, die auf eine Besserstellung der Anstellungsverhältnisse und auf eine Erhöhung der standesamtlichen Gebühren und Einführung von Gebühren für die Eheschließung abzielen.

Handel und Verkehr.

Eine bemerkenswerte Wendung

vollzieht sich im deutschen Wirtschaftsleben. Die oberste Grenze scheint bei vielen Artikeln erreicht. Der Absatz von Handelswaren der Futter- und Lebensmittelbranche leidet unter der Zurückhaltung der Käufer. Die gefüllten Lager bedürfen teilweise der Abstoßung, da ungeheure Summen darin angelegt sind. Die Spekulanten fürchten einen weiteren Rückgang und damit größere Verluste und suchen durch schleuniges Angebot diesen zu entgehen. Von einem großen Preissturz ist natürlich noch nichts zu merken, aber doch sind ganz beträchtliche Preisnachlässe schon an der Tagesordnung, wie beifolgender Ausschnitt aus einem Bericht der „Mannheimer Warenbörse" zeigt:

Die Besserung des Markkurses blieb auf den großen Märkten nicht ohne Einfluß. Einerseits bewirkte sie eine verstärkte Zurückhaltung der Käufer, während andererseits die Eigner von Waren mit stärkerem Angebot auf den Markt kamen. Die Preise sind unter dem Drucke dieser Verhältnisse noch weiter zurückgegangen, und die Eigner sind bemührt, Gebote hereinzubekommen, um sich ihrer Waren zu entledigen und um sich vor weiteren Verlusten zu schützen. Wie man in den Kreisen der Produktenhändler hört, sollen schon ansehnliche Verluste zu verzeichnen sein. Die Tendenz des Marktes kann als recht ruhig bei außerordentlich starker Zurückhaltung der Käufer bezeichnet werden. Angebote lagen vor in Saatmais zu 765 M. ab badischen Stationen. Für Hafer sind die Preisrückgänge recht bedeutend; badischer, rheinhessischer oder württembergischer Hafer war zu 190 bis 192 M. per Zentner ab süddeutschen Stationen offeriert; Haferschalen kosteten etwa 60 M. per Zentner brutto für netto mit Sack ab Mannheim, Haferkleie etwa 80 M. per Zentner ab süddeutschen Stationen. Die Verkäufer suchten auf diese Forderungen Gebote zu erhalten, jedoch vergebens. Hafer-Backmehl blieb zu 405 M. per Zentner erhältlich. Auch Dörrgemüse hatten schleppenden Verkehr und die Preise waren nachgebend. Italienische Reiskleie war zum Preise von 80 M. per Zentner ab bayer. Stationen angeboten. Die Preise für Heu und namentlich für Stroh erlitten weitere Einbußen.

In Zusammenfassung der Meldungen und Beobachtungen der letzten Zeit kann man — schreibt ein Berliner Mitarbeiter des Handelsteils der „Frankf. Ztg." — als die natürlichen Ursachen der augenblicklichen fast unerwartet starken Besserung des Markkurses folgendes aufzählen: 1. Innehalten des Luxusimports und gewisser Rohstoffeinfuhren als Folge sowohl der teilweisen Preisreaktion am Warenmarkt wie eines Nachlasses der Kaufkräfte des Publikums; 2. sachgemäße und vorsichtige Dispositionen der staatlichen Einkaufsorgane, die seit einer Reihe von Monaten nur noch durch die Devisenbeschaffungsstelle verkehren, bei der wiederum ein fachlich urteilender Beirat besteht, gleichzeitig Vorankommen der Veredelungs- und Individual-Kredite; 3. in Rückwirkung von beidem ein endliches Aufhören der wahllosen Reichsmarkenverschleuderung aus dem besetzten und unbesetzten Gebiete ins neutrale Ausland; 4. Durchkreuzung also auch der von privaten Banken beliebten Arbitrage von Mark gegen Devisen durch die Valutabaisse selbst; 5. Sicherung staatlicher Devisenbestände in den offiziellen Händen durch den bekannten Verkauf beschlagnahmter Auslandseffekten und deutscher Anleihen, sowie durch erfolgreiche Silberversicherungen der Reichsbank (die weiter sehr erheblich sind) und kräftige, heute allerdings teuer erscheinende Devisenankäufe der Reichsbank aus den ersten beiden Märzwochen; 6. weiter rein stimmungsmäßig der Nachhall der großen Volksdemonstration gegenüber den Ueberbleibseln aus der militaristischen Zeit (Kapp-Woche); 7. in Verbindung damit Hebung des neutralen Glaubens an eine schließliche Finanzhilfe nach der geplanten internationalen Valutakonferenz; 8. nicht zuletzt die bisher stetige, inzwischen freilich durch die Lüttwitz- und Räte-Putsche aufgehaltene Hebung des Mark-Kurses

Drahtnachrichten.

Kommunist Hölz.

W.T.B. **Oelsnitz**, 14. April. Die **Reichswehrtruppen** sind kampflos hier eingezogen und haben die öffentlichen Gebäude besetzt. Der Kommunist Hölz versuchte gestern vergeblich, über die böhmische Grenze zu gelangen.

v. Lersner über den Versailler Vertrag

W.T.B. **Köln**, 13. April. Das Dezetbüro berichtet: Unter außerordentlichem Andrang sprach vorgestern Dr. Frhr. v. Lersner über Versailles und Paris. Er bezeichnete **den Versailler Vertrag als den inneren Grund allen Elends, aller Unruhen, allen Blutvergießens, aller Ausbrüche des Bolschewismus** und stellte unter starkem Beifall fest, daß die Reichstreue des Rhein- und Saarlandes über jeden Zweifel erhaben sei. Frankreich habe den Versailler Vertrag gebrochen und den Frieden Europas gestört. Wenn ganz Deutschland einig und unentwegt die Vernichtung des Friedensvertrages von Versailles fordert, dann werde an dieser Einigkeit ebenso wie das Auslieferungsverfahren der Versailler Vertrag zerschellen.

Deutsch-Oesterreich und Italien.

T.U. **Rom**, 14. April. Staatskanzler Dr. Renner und Ministerpräsident Nitti stellten in ihren Besprechungen der politischen Lage die **Uebereinstimmung der Interessen Italiens und des neuen österreichischen Staates** fest. **Die italienische Regierung** wünscht, mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln an dem **Wiederaufbau der Nachbarrepublik mitzuarbeiten und die wirtschaftlichen Beziehungen wieder neu zu beleben.** Zu diesem Zwecke haben eine Reihe von Besprechungen zwischen den Ministern für öffentliche Arbeiten und den Handelsministern und Sachverständigen der beiden Länder stattgefunden. Ueber die wichtigsten Punkte kam eine Einigung rasch zustande. Die italienische Regierung mißt dem Besuche des Staatskanzlers Renner **hohe moralische Bedeutung** bei, da er den Beginn einer neuen Phase freundschaftlicher Beziehungen und guter Nachbarschaft mit dem österreichischen Volke bedeutet.

Eine schwere Explosion. Die Stolberger Düngemittelfabrik ist infolge einer Explosion von Sprengstoffen zerstört worden. Bei dem Unglück wurden 21 Personen getötet und 14 schwer verwundet.

Die Franzosen in Oberschlesien. Auch in Oberschlesien leistet die französische Besatzungstruppe unseren Gegnern in der Abstimmung Vorschub. Unter Leitung des früheren deutschen Reichstagsabgeordneten und jetzigen polnischen Ministers Korfanty bildet sich in Oberschlesien eine geheime polnische Miliz, welche Oberschlesien für Polen mit Gewalt erobern soll, wenn die Abstimmung zu Deutschlands Gunsten ausfallen sollte. — Ueber all den Sorgen im Innern darf das deutsche Volk nicht übersehen, daß an unseren Grenzen dauernd Kräfte am Werke sind, den Gebietsumfang des Reiches und damit seine wirtschaftlichen Hilfskräfte zu mindern.

Budapester Verschwörerprozeß. In dem Prozeß wegen der Verschwörung gegen das Leben des Reichsverwesers wurden alle vier Angeklagten zum Tode verurteilt, aber vom Reichsverweser zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Neue Lohnforderung der englischen Eisenbahner. Die Eisenbahner-Organisationen haben beschlossen, wegen der fortdauernden Teuerung eine neue Lohnerhöhung zu verlangen.

Verzeichnis der Liegenschaftskäufe im März 1920,

sofern die Beteiligten die Unterlassung der Veröffentlichung nicht ausdrücklich beantragt haben.

Lb.-Nr.	Größe, Kulturart und Gewann:	Verkäufer:	Käufer:	Preis M
7844	14,62 a Acker im Kochsacker			
7971	46,53 a Acker im Geiger			
7155	14,34 a Acker im Rosengärtle			
7347/2	9,75 a Acker im Lerchenberg, r. am Lerchenweg	Kleiber August Philipp, Landwirts Eheleute, hier	Kleiber Wilhelm, Landwirt, hier	1800.—
5442	4,29 a Weinberg im unteren Dechantsberg			
5443	4,28 a Weinberg im unteren Dechantsberg			
7843	14,89 a Acker im Kochsacker			
5386	16,59 a Acker und Grasrain im Baußer	dto.	Kayser August, Schlossers-Ehefrau, Sophie geb. Kleiber, hier	1000.—
6241	8,21 a Weinberg und Grasrain im obern Wolf	Barth Werner, Apothekers-Ehefrau geb. Hahn in Blumberg	Barth Olga, Hauptlehrerin in Karlsruhe	700.—
364b	2,39 a Hofreite mit Gebäuden auf den Hinterwiesen, Haus Nr. 18 der Amalienstraße	Haury Karl, Schreinermeisters-Witwe geb. Forschner, hier	Elsenhans Aug., Friseurs-Ehefrau geb. Meier, hier	35000.—
6297	11,74 a Acker auf dem Turmberg			
6297a	0,13 a Acker auf dem Turmberg	Schlagintweit Frida, ledig, hier	Kolb Friedrich, Intendantursekretär, hier	1900.—
5546	23,03 a Parkanlagen an der Steinhälden	Familie-Gritzner-Stiftung, hier	Zähringer Wilhelm, Kaufmann in Karlsruhe	19575.50
6810	8,49 a Wald im obern alten Berg	Stadtgemeinde Durlach	Schaber Hermann, Fabrikarbeiter, hier	1049.—
5359	5,28 a Acker im Kennental			
5360	18,99 a Acker im Kennental	Rittershofer Christof Erhard, Landw.-Eheleute, hier	Roos Albert, Küfermeister, hier	7000.—
7150	13,58 a Acker im Rosengärtle			
7150a	2,50 a Acker im Rosengärtle	Mehr Karl, lediger Landwirt, hier	Friedrich Heinrich, Fabrikarbeiter, hier	2500.—
4385/3	1,55 a Hausgarten auf dem hohen Acker	Printz Albert, Brauereibesitzer in Karlsruhe	Klingel Friedrich, Bäckermeister, hier	930.—
4385/4	2,62 a Hausgarten auf dem hohen Acker	dto.	Bauer Christian, Kaufmann, hier	1570.—
230b	2,13 a Hofreite mit Gebäuden im Ortsetter, Seboldstraße 8	a) Haury Mathilde, ledig, Privat, b) Landwehr Johann August, Güterverwalters-Witwe, hier	Fries Kurt, Kaufmann, hier	60000.—
1385c	2,37 a Hofreite mit Gebäuden im Gewann „Reizer Wiesen", Haus Nr. 5 Moltkestr.	Großmann Hermann, Kaufmanns-Eheleute, hier	Klapperstück Otto, Bürovorstand in Karlsruhe	56000.—
8715	6,39 a Wiese in den Lochwiesen	Gamer Peter, Landwirts-Ehefrau geb. Gierich in Staffort	Gierich Karl Wilhelm II., Landwirt in Blankenloch	3250.—
100	4,22 a Hofreite mit Gebäuden im Ortsetter, Haus Nr 59 der Hauptstraße	Schnurr Roman, Bierbrauers-Eheleute, hier	Schüßler Martha, ledige Näherin, hier	70000.—

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung

vom 1 April 1920.

Die Einstellung von Lehrlingen in Bäckereien betr.

Auf Grund der durch die Verordnung des Bundesrats vom 7. November 1918, die wirtschaftliche Demobilmachung betr (Reichs-Gesetzblatt Seite 1292) erteilten Ermächtigung wird verordnet, was folgt:

§ 1.

Bis zu einer endgültigen Regelung der Angelegenheit im Sinne des § 128 Absatz 2 der Gewerbeordnung dürfen in gewerblichen Bäckereien Lehrlinge nicht eingestellt werden.

§ 2.

§ 1 gilt nicht für Bäckermeister, die ihre Söhne als Lehrlinge einstellen wollen. Kriegsbeschädigte Bäckermeister, die wirtschaftlich nicht in der Lage sind, sich einen Bäckergehilfen zu halten, aber infolge ihrer Beschädigung auf Hilfe im Betriebe angewiesen sind und zurzeit keinen Lehrling beschäftigen, dürfen einen Lehrling einstellen. Ob die Voraussetzungen dieser Vorschrift zutreffen, entscheidet das Bezirksamt nach Anhörung der örtlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen des Bäckergewerbes.

Die Verordnung tritt sofort mit ihrer Verkündigung in Kraft.

Karlsruhe, den 1. April 1920.

Der Arbeitsminister
als Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilmachung.
gez. Rückert.

Bekanntmachung.

Noch nicht heimgekehrte Kriegsgefangene.

Kriegsgefangene, die nachweisbar in England, Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Serbien in Kriegsgefangenschaft waren und noch nicht heimgekehrt sind, müssen von ihren Angehörigen sofort dem zuständigen Krisaheim gemeldet werden mit folgenden Angaben: Namen, Vornamen, Truppenteil, Dienstgrad, Tag und Ort der Gefangennahme, Gefangenennummer, letzte Kriegsgefangenenadresse und Datum der letzten Nachricht des noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen Es dürfen nur solche Kriegsgefangene gemeldet werden, von denen mindestens eine eigene Nachricht aus der Kriegsgefangenschaft vorliegt oder die durch eidesstattliche Erklärung der Kameraden als bestimmt in Kriegsgefangenschaft geraten bestätigt werden können. In letzterem Falle ist die Adresse dieses Zeugen mitzuteilen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die einzureichenden Meldungen sich vorläufig nur auf die in obengenannten Ländern befindlichen Kriegsgefangenen beziehen dürfen. Für die Kriegsgefangenen in Rußland, Rumänien und Japan wird später ein gleicher Aufruf erfolgen.

Das einlaufende Material ist durch die Krisaheime daraufhin zu sichten, ob sich darunter Meldungen befinden, die sich auf Vermißte, nicht aber auf Kriegsgefangene beziehen. Die auf Vermißte bezüglichen Meldungen sind den Einsendern unter Hinweis auf die Anzeige zurückzugeben Unvollständige Meldungen sind durch mündliche Vernehmung der Angehörigen vom Krisaheim zu vervollständigen, bezw. wenn sich Widersprüche in ihnen vorfinden, zu berichtigen. Die einlaufenden Meldungen sind von den Krisaheimen sofort nach Ländern geordnet dem **Heeresabwickelungsamt Preussen U 7/5 e Schützenstrasse 63 III, Berlin SW 68**, einzusenden. Es ist sorgfältig darüber zu wachen, daß die Meldungen so gefaßt sind, daß sie nicht zu zeitraubenden Rückfragen Anlaß geben.

Durlach, den 13. April 1920

Hilfsausschuß für heimkehrende Kriegsgefangene.
Der Vorsitzende:
Amberger.

Brotpreis.

Mit Rücksicht auf die hohen Aufwendungen für Brotstreckungsmittel wird der Brotpreis in hiesiger Stadt bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

für einen großen Laib Brot M. 3.—
„ „ kleinen „ „ M. 1.50

Die Abgabe von Brot in den hiesigen Bäckereien auf Reisebrotmarken wird nur für die Fälle zugelassen, in denen die betr. Marken den Genehmigungsvermerk unserer Kartenausgabestelle tragen. Die Bäckereien wollen die betr. Personen an die Kartenausgabestelle verweisen.

Durlach, den 14 April 1920

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Nachversteuerung der Tabakwaren.

1. Die am 1. April 1920 im Besitz oder Gewahrsam von **Tabakarbeitern, Großhändlern und Kleinhändlern** (auch staatlichen oder gemeindlichen Betrieben, Vereinigungen, Gesellschaften und Anstalten, wenn sie Tabakwaren gegen Entgelt abgeben) außerhalb der Räume des Herstellungsbetriebs, des Tabaksteuerlagers oder der Zollniederlage befindlichen **tabaksteuerpflichtigen** Erzeugnisse aus Tabak, aus Tabak- und Tabakersatzstoffen (Tabakmischware) oder aus Tabakersatzstoffen allein (tabakähnliche Waren) — Zigarren, Zigaretten, feingeschnittener Rauchtabak, Pfeifentabak einschließlich Kentucky- und Virgina-Preßtabak sowie Ungarblätter (ungarischer Landtabak), Kautabak, Schnupftabak einschließlich Karotten und Zigarettenhüllen — **unterliegen der Tabak-Nachsteuer.** Die Nachsteuer wird durch Anbringung von Steuerzeichen (Banderolen) an den Packungen entrichtet. Die Steuer beträgt für den Monat **April 1920** für Zigarren fünfundzwanzig vom Hundert, für Zigaretten in den fünf höchsten Steuerklassen fünfzig vom Hundert, jedoch nicht weniger als 87 Mark für Tausend Stück und für feingeschnittenen Rauchtabak in den beiden obersten Steuerklassen achtzig vom Hundert der gesetzlichen Steuersätze.

Die Nachsteuer wird nicht erhoben, wenn der Vorrat eines Händlers in jeder Verkaufsstätte an Zigarren, Zigaretten und Zigarettenblättchen (Hüllen) je 100 Stück, an Kautabak 50 Stück nicht übersteigt und bei den übrigen Tabakwaren nicht mehr als 1 Kilogramm beträgt. Vorausgesetzt ist, daß die Packungen geöffnet sind. Von der Nachsteuer befreit sind auch Vorräte, die auf Antrag unter amtlicher Aufsicht vernichtet werden sollen.

2. Die in Ziffer 1 genannten nachsteuerpflichtigen Vorräte müssen uns von den Pflichtigen des Bezirks **binnen acht Tagen,** die unterwegs befindlichen Waren **alsbald** nach ihrem Eingang schriftlich **angemeldet** werden, gleichviel ob sie nachversteuert oder vernichtet werden sollen. Die Anmeldung ist in zweifacher Ausfertigung abzugeben, sie muß die **Benennung der Ware. Zahl und Inhalt** der Packungen und die Angabe, **ob** und von welcher Steuerklasse Zigarettensteuerzeichen an den Packungen angebracht sind, enthalten sowie gegebenenfalls Art und Menge der zu den Waren verwendeten Tabakersatzstoffen angeben. Bei Zigarren, Zigaretten, Kautabak und Zigarettenhüllen ist der Inhalt der Packungen nach der Stückzahl, im übrigen nach dem Reingewicht in Kilogramm und daneben bei allen Waren mit Ausnahme von Zigarettenblättchen (-Hüllen) auch der Kleinverkaufspreis anzumelden, zu dem die Ware vom 1. April 1920 an im Kleinhandel abgegeben werden (bei Zigarren, Zigaretten und Kautabak für je 1000 Stück, im übrigen für je 1 Kilogramm). Vordrucke zur Anmeldung können, soweit der Vorrat ausreicht, von uns bezogen werden.

3. Die Steuerzeichen (Banderolen) sind von uns zu beziehen. Die Nachsteuer wird schriftlich vom Pflichtigen angefordert. Sie muß innerhalb einer Woche bei uns eingezahlt werden, unter gewissen Bedingungen kann sie auch gestundet werden.

4. **Tabakpflanzer** (ausgenommen solche, die im Jahre 1919 nur für ihren Hausbedarf nicht mehr als 50 Geviertmeter angepflanzt haben), **Tabakhändler und Tabakverarbeiter** des Bezirks haben uns ihre am 1. April 1920 im freien Verkehr befindlichen Vorräte an unverarbeiteten Tabakblättern, Rippen, Stengeln, Strünken, Geizen und Abfällen von Tabak, an Tabaklauge und nicht nachsteuerpflichtigen Tabakhalb- und Ganzerzeugnissen bis zum 8. April 1920 **schriftlich,** nach dem Reingewicht unter Verwendung des vorgeschriebenen Vordrucks (für jeden Lagerort (Ortschaft) mit besonderer Anmeldung) anzumelden, die nach den bisherigen Vorschriften entrichteten Abgaben werden ihnen vergütet. Das nähere über die Art der Anmeldung und die Vergütungssätze kann aus dem Vordruck ersehen werden, der von uns zu beziehen ist. Dabei ist auch anzugeben, ob das Gewicht der Vorräte an Rohstoffen in angefeuchtetem oder trockenem Zustand festgestellt worden ist, gleichzeitig ist außerdem bei inländischem Tabak durch Vorlegung der Steuerempfangsscheine nachzuweisen, daß die Tabaksteuer entrichtet worden ist oder andernfalls anzugeben, wer den Tabak versteuert hat.

Bei ausländischem Tabak ist, wenn der tatsächlich entrichtete Wertzollzuschlag beansprucht wird, dieser durch Vorleaung der Bücher und sonstigen Geschäftspapiere nachzuweisen, andernfalls werden für den Wertzollzuschlag die dafür besonders vorgesehenen Sätze vergütet.

Bei Mischungen von ausländischem und inländischem Tabak und bei Mischungen oder Erzeugnissen aus vergütungsfähigem Tabak und Rohstoffen für die keine Vergütung gewährt wird, im Inland gewonnene Rippen, Stengel usw., sind die Bestandteile der Mischung in der Anmeldung mit der Bezeichnung „Teil einer Mischung" getrennt aufzuführen. Hängende oder lose liegende Tabakblätter können nach ihrem geschätztem Gewicht angemeldet werden, dies ist in der Anmeldung anzugeben. Bei ausländischen Tabakblättern, die sich nicht mehr in ihren ursprünglichen Umschriftlich zu erklären, daß die Tabakblätter nach ihrer ursprünglichen Bezeichnung bei der schließungen befinden, hat der Anmeldende Wertverzollung aufgeführt worden sind.

Befreit von der **Anmeldepflicht** sind Vorräte an ausländischem Tabak und Halb- und Ganzerzeugnissen in Betrieben, die zigarettensteuerpflichtige Erzeugnisse herstellen.

5. Der Vergütungsbetrag wird den Anmeldenden schriftlich mitgeteilt, er wird den Verarbeitern und Inhabern von Tabaksteuerlagern auf die Tabaknachsteuer angerechnet im übrigen bar herausbezahlt.

6. Die Anmeldungen der tabaknachsteuerpflichtigen und vergütungsfähigen Vorräte an Tabak usw. werden in den Betriebs- und Verkaufsräumen durch Steuerbeamte auf ihre Richtigkeit nachgeprüft werden. Die Pflichtigen müssen den Beamten bei ihren Nachprüfungen die nötigen Hilfsdienste unentgeltlich leisten oder leisten lassen. Veränderungen der angemeldeten Vorräte, die durch Zu- oder Abgang in der Zeit vom 1. April 1920 bis zum Zeitpunkt der Nachprüfung eingetreten sind, müssen den Beamten vor Beginn der Nachprüfung mitgeteilt und auf Verlangen näher nachgewiesen werden.

Wer die Anmeldungen unterläßt, ungerechtfertigt nicht rechtzeitig erstattet oder zum Nachteil der Reichskasse dabei unrichtige Angaben macht, wird bestraft.

7. Die näheren Bestimmungen sind in der im Zentralblatt für das Deutsche Reich Nr. 11 vom 12. März 1920 (Seite 441 ff.) veröffentlichten Tabaknachsteuerordnung enthalten. Sie kann bei uns sowie bei der Handelskammer eingesehen werden. Nähere Auskunft insbesondere auch über die Art der Anrechnung der entrichteten Abgaben auf die Nachsteuer, über die Anbringung und Entwertung der Tabaksteuerzeichen an den nachsteuerpflichtigen Vorräten, die Stundung der Nachsteuer, die Lagerung nachsteuerpflichtiger Waren und die weitere Behandlung der vergütungsfähigen Vorräte der Pflanzer, Verarbeiter und Händler erteilt das unterzeichnete Amt.

Bretten, den 8. April 1920.

Finanzamt.

Bekanntmachung.

Der Gemeinderat Durlach hat die Festsetzung eines Ortsstraßenplans und zwar von Bau- und Straßenflucht für die Ettlingerstraße zwischen und auf Seite der Sophien- und Leopoldstraße beantragt.

Der Plan nebst dem Verzeichnis der beteiligten Grundeigentümer liegt zur Einsicht der Beteiligten wiederholt und zwar vom Donnerstag, den 22 April bis einschließlich Samstag, den 8 Mai im Rathaus in Durlach auf. Einwendungen gegen die beabsichtigte Anlage sind bei Ausschlußvermeiden bis einschließlich Samstag, den 15. Mai beim Gemeinderat Durlach oder beim Bezirksamt Durlach geltend zu machen.

Die auf Grund des Ausschreibens vom 6. November 1919 (Durlacher Wochenblatt 1919 Nr. 266) bereits geltend gemachten Einsprachen gelten auch für dieses Ausschreiben, brauchen also nicht wiederholt zu werden.

Durlach, den 12. April 1920.

Badisches Bezirksamt.

Gaskoks.

Nach Mitteilung des Kohlensyndikats ist eine weitere erhebliche Steigerung des Kohlenpreises eingetreten. Darnach wird mit sofortiger Wirkung der Preis für Gaskoks bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Grobkoks 23 *M.* je Zentner ab Gaswerk
Nußkoks 24 „ „ „ „ „
Perlkoks 22 „ „ „ „ „
Gruskoks 20 „ „ „ „ „

Für die Zufuhr werden folgende Aufschläge besonders berechnet:

Offen in Fuhren frei vors Haus 80 ₰ je Zentner, in Körben frei Keller 1.30 *M.* je Zentner.

Besondere Zuschläge für die hochgelegenen Straßen: Turmberg, Scheffel-, Goethestraße, Wolfsweg 10 ₰ je Zentner.

Durlach, den 15. April 1920.

Der Gemeinderat.

Fleisch-Ausgabe.

Diese Woche erfolgt eine Ausgabe von **Büchsenfleisch in nachstehender Reihenfolge und zwar: Bei den Metzgern:** Brecht, Bühler, Bull, Burr, Eck, Feser Friedrich, Feser Karl, Grieb, Kauffmann, Klenert, Knecht, Ernst Löffel, Hermann Löffel und Hermann Siegrist:

Samstag, den 17. April ds. Js.
vormittags von 8—12 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben L bis mit Z,
nachmittags von 1—5 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben A bis mit K.

Auf den Kopf der Bevölkerung werden 125 Gramm ausgegeben.

Der Preis für 1 Pfund beträgt 5 Mk.

Durlach, den 15. April 1920.

Kommunalverband Durlach-Stadt

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Kleinsteinbach versteigert am

Montag, den 19. April, nachmittags 3 Uhr,

gegen Barzahlung folgende Stämme:

1) **Buchen** 3 III. und IV. **Klasse**
2) **Eichen** 22 IV. „ V. „
3) **Forlen** 2 I. „ III. „

Zusammenkunft beim Rathaus.

Kleinsteinbach, den 14 April 1920.

Bürgermeisteramt:
Krauß
Roßwag, Ratschrb.

Privat-Anzeigen.

Dem titl. Konsumverein von Durlach und Umgegend gewünschte Aufklärung.

Es gibt ein wunderschönes französisches Proverbe — wenn nun doch einmal so ausgiebig mit Fremdwörtern herumgeworfen werden muß — das heißt: »Qui s'excuse, s'accuse«, zu deutsch: „Wer sich entschuldigt, klagt sich an".

In diesem Sinne muß doch auch mehr oder weniger der letzte Abschnitt der Entgegnung aufgefaßt werden, in dem doch immerhin die **Möglichkeit einer evtl. Verfehlung eines der Angestellten** — allerdings im sonderbaren Gegensatz zur **Tatsache 1** — zugegeben wird. Ob es sich dabei auch tatsächlich um eine Verfehlung des betr. Angestellten handelt oder nicht, dürfte die Käuferin weniger beurteilen können. Für sie bleibt nun einmal die leider Gottes unumstößliche Tatsache bestehen, daß sie in der Filiale Luisenstraße des Konsumvereins Durlach für besagtes Doppelstück Reichswaschseife nach bekannter Bearbeitung *M.* 10.— entrichten mußte.

Unverständlich bleibt noch die Aufforderung an „jene Frau", Wahrheitsbeweise zu erbringen, dieser Aufforderung sie doch bereits vor Tagen durch einen diesbezüglich beschwerdeführenden Besuch unter Vorleaung besagter Seife in der Zentralstelle des Konsumvereins Zehntstraße 2 zuvorgekommen ist. Vielleicht kann sich die Geschäftsführung dessen besser entsinnen, wenn gesagt wird, daß jene Frau Nichtmitglied und wohnhaft in Karlsruhe ist. Sie, wie auch der Einsender werden genügende Wahrheitsbeweise, gegebenenfalls an maßgebender Stelle zu erbringen wissen.

Fritz Kraus Nachfolger, Durlach

Inhaber: Otto Zachmann

Schillerstraße 6 **Buchbinderei** beim Gymnasium

Ich empfehle mich in exakter und sauberer Ausführung aller in mein Fach einschlagenden

Buchbinder-Arbeiten.

Einbinden von Geschäftsbüchern, Zeitschriften, Gesetzblättern, Gemeinderechnungen, Sparkassenbüchern, Liebhaberbänden, Bibliotheksbüchern, Halb- u. Ganzleinen, Halbleder, Halbfranz, mit Marmor und Goldschnitt.

Liederkranz

Durlach.

Wir beehren uns, unsere Mitglieder und deren Angehörigen zu unserem am Samstag, den 17 April in der „Krone" stattfindenden

Familienabend mit Tanz

ergebenst einzuladen.

Beginn 7 Uhr abends.

Der Vorstand.

Turngemeinde

Durlach.

Freitag abend 7 Uhr **Spielerversammlung** im Lamm. Das Erscheinen sämtl. Spieler notwendig.

Samstag abend im Krokodil **Turnratssitzung.** Der Wichtigkeit halber hat alles zu erscheinen.

Sonntag, den 18 April in Mannheim **Kreismeisterschaftsspiel.** Abfahrt 7⁴⁴ Uhr.

Der Spielausschuß.

Turnerbund

Durlach E. V.

Kommenden Samstag, den 17. ds. Mts, abends 8 Uhr

Monatsversammlung

im Lokal.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wegen wichtiger Tagesordnung ist dringend erforderlich.

Der Turnrat.

Gustav-Adolf-Frauen- u. Jungfrauen-Verein Durlach.

Wichtige Besprechung Freitag, 16 April, abends 6 Uhr, Ettlingerstr 3.

Wolfhard.

Gartenstück mit Obstbäumen in Durlach gegen bar zu kaufen gesucht. Angeb. m. näh. Beschreibung der Lage, Größe und Preis unter Nr. 435 an den Verlag d. Bl. erbeten.

Zu kaufen gesucht ein guterhalt. Wasserstein. Angebote mit Preis zu richten unter Nr. 431 an den Verlag

Waschkessel m. Gestell älterer Herd wenn auch reparaturbedürftig, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 446 an den Verlag

Sakko-Anzug mittl. Größe, Friedensware, zu kauf. ges. Ang. unt. Nr. 415 a. d. Verl.

Leere Flaschen kauft **Urban Schurhammer** Weinhandlung Blumenstr. 13.

1 trächtige Ziege und 2 Milchziegen zu verkaufen Grötzingen, Mittelst. 12.

Gut möbliertes Zimmer an soliden älteren Herrn auf 1. Mai zu vermiet. Sophienstr. 12 (Seitenb.)

Wer erteilt Unterricht in **Mathematik?** Angebote an O. Huber, Hauptstr. 26 III., erbeten

Laden sofort oder später zu mieten gesucht. Angeb unter Nr. 444 an den Verlag dieses Blattes

Alleinstehender jüng Arbeiter sucht sofort einfach **möbl. Zimmer.** Angebote unter Nr 443 an den Verlag d. Bl.

Junger Herr sucht auf 1 Mai gut **möbliertes Zimmer.** Angeb. unt. Nr 429 an den Verlag.

Besserer Herr, meistens auf Reisen, sucht ungeniertes **möbl. Zimmer** auf sofort oder später. Angeb. unt. Nr 439 an den Verl. d. Bl. erbet.

Möbliertes Zimmer von jungem Herrn auf sofort zu mieten. Angebote unter Nr. 447 an den Verlag d. Bl.

Student sucht sättigenden bürgerlichen **Mittags- und Abendtisch** zu angem. Preis. Angebote unter Nr 445 an den Verlag.

Hund (grauer Schnauzer) auf den Namen Fips hörend, ist entlaufen. Abzugeben gegen Belohnung bei Wilhelm Kraus zur Sonne Durlach.

Entlaufen schwarzer Wolfshund, br. Pfoten, Montag, 12 April in Stupferich. Nähere Angaben an **Schneider, Ettlingen,** Sedanstr. 31

Ein Mädchen für Küche und Haushalt auf 1 Mai gesucht bei Frau Baurat Harduna, Leopoldstr. 4

Sauberes ehrliches **Laufmädchen** tagsüber sofort gesucht. Näheres im Verlag.

Ich suche ein fleißiges und ehrliches **Mädchen** zu kleiner Familie auf sofort oder 1. Mai, tagsüber oder für ganz. Zu erfragen bei Stiebel, Hauptstr 8

Ich suche auf 1 Mai zu kleiner Familie ein fleißiges und ehrliches **Mädchen** das die Haushaltung selbst führen kann bei sehr großem Lohn. Zu erfragen bei Alpern, Karlsruhe, Mendelssohnplatz 3

Kompl Einrichtung einer **Mineralwasser-Fabrik** mit ca 3500 Flaschen und Wagen sofort preiswert zu verkaufen. Ang erbeten unter Nr. 441 an den Verlag d. Bl.

Nähkurs.

Der hiesige Frauenverein hält am 1. [Mai] wieder einen 3monatlichen **Handnäh- u. Stickkurs** für schulentlassene Mädchen ab. Kursgeld monatlich Mk. 8.—. Anmeldungen sind bis 15 April zu [richten] an Frau Wüst, Palmaienstraße 4.

Gemüsesetzlinge

Blumenkohl Erf. Zwerg, Kohlrabi, Wirsing, Rotkraut, Weisskraut in kräftiggesunder Ware

Ludwig Allinger, Karlsruhe am Friedhof. Tel. 81[...]

Zu verkaufen eine guterhaltene Nähmaschine, sowie ein 3-flammiger Gasherd „Zur Markgräfler Weinstube"

1 Paar Gummi-Rohrstiefel, 1 Paar langschäftige Stiefel, 1 Paar Militärschuhe, 2 Reißbretter, bereits neu, sofort zu verkaufen. Anzusehen Weiherstr. 9 II.

Zu verkaufen guterhaltene Diwandecke und 1 roter neuer Bettbezug, auch zu Schürzen verwendbar. Zu erfr. im Verlag d. Bl

Holzbaracke 10×10 m, geeignet als Feldscheuer, zu verkauf. Näheres Pfinzstr. 37.

Etliche Paar **Herrenstiefel** Nr. 42 zu verkaufen Anzus abends zwischen 6—7 Uhr. Zu erfragen im Verlag.

Windjacke zu verkaufen Hauptstr. 67, 2. St.

50—60 Ztr. Dickrüben zu verk bei Ludw Postweiler. Aue, Kaiserst. 130.

Starke **Milchschweine** zu verkaufen bei Friedrich Knecht, Weiherstr. 1.

Ferkelschweine sind zu verkaufen bei **Max Gerhardt,** Hagsfeld, Karlsruherstr 25.

Fuchs-Stute gutes Arbeits- u. Laufpferd preiswert zu verk Zu erfr. Karlsruhe, Gasthof zum Nußbaum, Adlerstraße.

3 Zuchthäsinnen mit 6teil. Hasenstall zu verkaufen Hauptstr. 8, Hth 2 St

Hühneraugen **Hornhaut, Ballen u. Warzen** beseitigt man schnell sicher und schmerzlos mit **Kukirol.** In vielen Fällen glänzend bewährt Preis *M.* 2.— Allein echt **Adler-Drogerie.**